POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE AUGUST 2022 | 18. JAHRGANG



Fünf Punkte gegen die Gaskrise und drastisch steigende Preise: Lebensmittel, Heizen und Benzin werden immer teurer, gleichzeitig explodieren die Profite. Die Preise für Verbraucher steigen immer weiter und Großkonzerne stopfen sich die Taschen voll. Das darf nicht sein. Die Parteivorsitzenden der Partei DIE LINKE Janine Wissler und Dr. Martin Schirdewan und die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch legen einen Fünf-Punkte-Plan vor, um die Menschen vor Gaspreissteigerungen zu schützen und die Versorgung sicherzustellen. Siehe **Seite 3**



Das LINKE Sommerfest

Der Nachmittag gehört ab 13.00 Uhr den Familien und den politischen Talks. Als Gäste begrüßen wir u.a. Marlen Block (MdL), Isabelle Vandre (MdL) und Bernd Riexinger (MdB). Ab 18.00 Uhr beginnt dann unser Red Summer Festival mit zahlreichen Bands.

SEITE 2



Staudenhofabriss ökologisch falsch

Neubauvorhaben von Wohngebäuden als auch bei Abriss funktionsfähiger Wohngebäude müssen immer ganzheitlich betrachtet werden: Was ist ökologisch und ökonomisch das Beste? Mehr dazu auf unserer

SEITE 6



Bedingungsloses Grundeinkommen

Von 13. bis 26.09.2022 sind alle Mitglieder der LINKEN aufgerufen, über die Aufnahme eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“ in die Programmatik zu entscheiden. Und: Isabelle Vandre (MdL) fordert „einen Schutzschirm für Brandenburg“ in der Energiekrise.

SEITE 7

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Der „Rathausreport“ im Innenteil

In dieser Extra-Sommerausgabe stehen für die Abgeordneten der Potsdamer LINKEN Themen im Mittelpunkt wie die Energiekrise, der neue Mietenspiegel; der Digitalisierungsschub an Potsdamer Schulen sowie das neue Mentoringprogramm der Fraktion DIE LINKE.

SEITEN I – IV



Das LINKE Sommerfest am 3. September im Lustgarten

2022 ist ein schwieriges Jahr. Neben dem Krieg in der Ukraine und seinen aktuell spürbaren Folgen werden auch die Folgen der Klimakrise immer drängender. Trotz alledem setzen wir als LINKE uns dafür ein, das Leben der Menschen jeden Tag zu verbessern und werden auch bei unserem diesjährigen Sommerfest aufzeigen, dass eine andere, gerechtere, demokratische Welt möglich ist.

Der Nachmittag gehört den Familien und den politischen Talks. Ab 13.00 Uhr startet das Programm mit einem bunten Kinder- und Familienfest, Kletterberg und Kletterwand, Bällebad, Tombola und vielfältigen Angeboten zum Mitmachen. Auf der Bühne wird es nachmittags ein gemischtes Programm aus Politik-Talks und Kultur geben. Als politische Gäste begrüßen wir dieses Jahr unter anderem Marlen Block (MdL), Isabelle Vandre (MdL) und Bernd Riexinger (MdB) auf der Bühne. Auf dem Markt der Möglichkeiten stellen sich verschiedene zivilgesellschaftliche Initiativen und Verbände vor.

Ab 18.00 Uhr beginnt dann unser Red Summer Festival: Den Anfang machen in diesem Jahr Totally Stressed (Art Rock) aus Berlin. Die Band setzt sich mit Themen wie Utopie, Widerstand und dem Leben auseinander, ummantelt von folkigen Dance-Pop-Beats durchsetzt von progressiv-psychedelischen Ausbrüchen. Politisch geht es auch mit Alarmbaby aus Mannheim weiter. Die Band ist laut und heftig, legt den Finger kritisch in gesellschaftliche Wunden und regt zum Nachdenken an. Am Ende laden uns die Reggae Punks von Berlin Boom Orchestra zu tanzbaren Beats mit fettem Gebläse, rotzigem Charme und lyrischen Backpfeifen ein.

Auch 2022 ist es wichtig Corona ernst zu nehmen: Deshalb schützt bitte euch und andere und testet euch vor Besuch des Sommerfestes.

PaS - digital

Jetzt kostenloses Online-Abo bestellen und keine Ausgabe mehr verpassen!

Bestellung unter:

abo@dielinke-potsdam.de

Impressum

HERAUSGEBER
„medienPUNKTpotsdam“ – DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Konstantin Gräfe
AUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion
Die nächste PaS erscheint im September

LAYOUT
Sophie Sumburane
TELEFON der Redaktion
0176 / 327 93 65 9
E-MAIL
info@medienpunktpotsdam.de
BANKVERBINDUNG
Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00
BILDAUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/Archiv
DRUCK
Nordkurier Druck GmbH & Co. KG



DIE LINKE HAT EINE NEUE DOPPELSITZE: JANINE WISSLER FÜHRT DIE PARTEI ZUSAMMEN MIT DR. MARTIN SCHIRDEWAN

Neue Doppelspitze für DIE LINKE.

DIE LINKE hat eine neue Doppelsitze: Janine Wissler führt die Partei zusammen mit Dr. Martin Schirdewan. Die hessische Bundestagsabgeordnete wurde mit rund 57 Prozent der Delegiertenstimmen auf dem Bundesparteitag in Erfurt wiedergewählt. Der in (Ost)-Berlin geborene Europaabgeordnete Schirdewan kam auf rund 61 Prozent.

Wissler sieht DIE LINKE als „sozialistische Gerechtigkeitspartei". Sie solle die Interessen von Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnern, Pflegekräften und Mietern vertreten und jenen eine Stimme geben, „die in dieser Gesellschaft überhaupt nicht gehört werden". Dr. Martin Schirdewan, der Fraktionschef im EU-Parlament ist, betonte nach der Wahl: „Wir haben verstanden als Linke, wir sind wieder da." Die Partei müsse sich stärker um die „Brot- und Butter-Themen" kümmern. Wissler sieht DIE LINKE als Friedenspartei, die den Krieg in der Ukraine verurteile, aber keine Waffenlieferungen wolle: „Wir messen nicht mit zweierlei Maß."

DIE LINKE hilft: Kostenlose Sozial- und Rechtsberatung startet

Ab dem 5. Oktober bieten wir eine kostenlose Sozial- und Rechtsberatung an. Vor Ort beraten erfahrende Jurist:innen zu allen Rechtsgebieten, insbesondere Sozial-, Miet- und Arbeitsrecht. Fühlen Sie sich unrecht behandelt von Behörden, dem Vermieter oder Arbeitgeber? Sind Sie unsicher, ob es sich lohnt, einen Rechtsstreit aufzunehmen? Kommen Sie gern vorbei! Immer am ersten Mittwoch im Monat zwischen 17 und 19 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle, dem rotbloq (Zeppelinstraße 7). Voranmeldung erbeten, aber nicht notwendig an kgf@dielinke-potsdam.de

Fünf Punkte gegen die drohende Gaskrise

Die Parteivorsitzenden der Partei DIE LINKE Janine Wissler und Dr. Martin Schirdewan und die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch legen einen Fünf-Punkte-Plan vor, um die Menschen vor Gaspreissteigerungen zu schützen und die Versorgung sicherzustellen:

Erstens: Wir brauchen ein drittes und umfassend wirksames Entlastungspaket. Es muss in der Sommerpause erarbeitet und in der ersten Sitzungswoche des Bundestages verabschiedet werden. Es sollte die Mehrkosten der Bürger tatsächlich ausgleichen. 193 Euro Energiekostenpauschale netto für Durchschnittsverdiener sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir fordern einen sozialen Klimabonus von 125 Euro im Monat pro Haushalt und 50 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen und die sofortige Erhöhung der Sozialleistungen um 200 Euro pro Monat. Das 9-Euro-Ticket muss bis Jahresende verlängert werden.

Zweitens: Wir fordern einen sofortigen Gaspreisdeckel! In vielen großen EU-Staaten sind die Gaspreise gedeckelt. Deutschland sollte nachziehen. Derzeit geschieht das Gegenteil. Durch eine Preisanpassungsklausel werden extreme Preisanstiege für Verbraucherinnen und Verbraucher zugelassen. Damit sollte Schluss sein!
Drittens: Strom- und Gassperren müssen gesetzlich verboten werden. Die Ankündigung der Ministerin für Verbraucherschutz, ein Moratorium für Strom und Gassperren im „absoluten Krisenfall" zu beschließen, geht zwar in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus. Für viele Menschen sind Strom und Gas längst nicht mehr bezahlbar und der „Krisenfall" Alltag. Zusammen mit dem Verbot von Sperren muss ein bezahlbares Grundkontingent für Strom und Gas für alle gesetzlich garantiert werden. Über den Basisverbrauch hinausgehender Energieverbrauch sollte hingegen teurer werden.

Viertens: Gasversorger, insbesondere Stadtwerke und kommunale Versorger, müssen unterstützt werden. Uniper zeigt, dass die Bundesregierung handeln muss. Das Prinzip „Verluste sozialisieren, Profite privatisieren" darf nicht gelten. Es ist richtig, Unternehmen zu retten, um einen Kollaps der Versorgung zu verhindern. Der Bund sollte dauerhaft Eigentümer bleiben, um Bürger entlasten zu können. Es gibt in dieser Krise nicht nur Verlierer. Es kann nicht sein, dass der Staat unternehmerische Risiken ausgleicht, während andere Unternehmen Milliardenprofite mit der Krise machen. Über die Abschöpfung durch eine Übergewinnsteuer könnten Verluste an anderer Stelle gegenfinanziert werden.
Fünftens: Über dieses Sofortprogramm hinaus muss der Ausbau der Erneuerbaren Energien wirksam beschleunigt (insbesondere durch personelle Stärkung der Verwaltungen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren) und mit verlässlichen Ausbaupfaden verbunden werden. Dies beeinflusst schon heute die Wirtschaftlichkeitsrechnungen und Investitionsentscheidungen der Unternehmen und der Haushalte maßgeblich und senkt das Preisniveau z.B. für langfristige Lieferverträge für Energie
.
Und in Potsdam? Als Potsdamer LINKE werden wir auch hier vor Ort darauf drängen, niemanden zurück zu lassen. Es darf in diesen Zeiten weder zu Strom- oder Gassperren noch zu Wohnungskündigungen kommen. Der öffentliche Nahverkehr und die soziale Infrastruktur (u.a. Schwimmbäder, Museen, Sporteinrichtungen, Nachbarschaftstreffs) müssen allen Menschen dieser Stadt offen stehen, unabhängig vom Geldbeutel.



BRIGITTE MEIER PRÄSENTIERTE DAS NEUE ZUSATZ-STRASSENSCHILD FÜR HERMANN MAASS GEMEINSAM MIT DR. UWE KLETT VON DER GESCHICHTSWERKSTATT ROTES NOWAWES. FOTO: LHP/ JAN BRUNZLOW

Neues Zusatzschild zum Straßennamen „Hermann-Maaß-Straße“

Die Landeshauptstadt Potsdam hat seit Ende Juli 2022 ein weiteres öffentliches Erinnerungszeichen für die Verschwörer des 20. Juli 1944. Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Brigitte Meier, präsentierte das neue Zusatz-Straßenschild für Hermann Maaß gemeinsam mit Dr. Uwe Klett von der Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes.

Hermann Maaß, 1897 in Bromberg geboren und seit 1920 Mitglied der SPD, gehörte einem der konspirativen Kreise an, die den Umsturz der NS-Diktatur mit einem Attentat auf Adolf Hitler planten. In seinem Wohnsitz in der nach ihm benannten Hermann-Maaß-Straße 37 fanden Beratungen statt, an denen hochrangige Militärs teilnahmen, darunter Oberleutnant Claus Schenk Graf von Stauffenberg als führende Kraft der Verschwörung. Der Zivilist Hermann Maaß wurde am 20. Oktober 1944 zusammen mit Julius Leber und Adolf Reichwein vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und noch am selben Tage im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee erhängt. „Als Stadt wollen wir dauerhaft an die Verschwörer des 20. Juli mit deren besonderen Verbindungen zu Potsdam erinnern“, sagt Brigitte Meier.

Zuletzt erhielt Hermann Maaß auch einen Stolperstein vor seinem einstigen Wohnhaus. Der Stolperstein wie auch das Straßenzusatzschild wurden von der Landeshauptstadt Potsdam in Kooperation mit der Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes umgesetzt.

Am 1. September ist Weltfriedenstag

In Erinnerung an die Gräuel des I. Weltkrieges rief die von Bertha von Suttner mitgegründete Deutsche Friedensgesellschaft dazu auf, alljährlich den 01. August als Antikriegstag zu begehen. „Nie wieder Krieg“ stand auf dem von Käthe Kollwitz entworfenen Plakat. Unter diesem Motto rief der DGB in der Bundesrepublik dazu auf, den 01. September, den Beginn des II Weltkrieges, alljährlich als Antikriegstag zu begehen. Die Aktivitäten aus diesem Anlass wurden von einem breiten politischen Bündnis getragen. In der DDR wurde seit den fünfziger Jahren der Weltfriedenstag mit verschiedenen Veranstaltungen offiziell als Gedenktag begangen.

Seit 1968 begeht die katholische Kirche weltweit den 01. Januar als „Weltfriedenstag, als Hochfest der Gottesmutter, in jedem Jahr unter einem aktuellen Thema, das vorab vom Papst als Weltfriedensbotschaft verkündet wird. Seit der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1981 wird der 21. September offiziell alljährlich als Weltfriedenstag, als Tag des Waffenstillstands und der Gewaltlosigkeit begangen.

Der organisierte Kampf für den Frieden und gegen jegliche Form von Krieg hat also bei verschiedenen politischen Kräften und in den unterschiedlichen Regionen der Welt eine lange Tradition. Seine Ergebnisse sind allerdings bescheiden. In Mitteleuropa gab es immerhin fast 77 Jahre keinen heißen Krieg. Trotz vielfältiger Bemühungen ist die Welt dennoch kaum sicherer geworden. Die atomare Bedrohung besteht weiter, man versucht lokale und regionale Konflikte mit Gewalt zu lösen, religiöse Unterschiede dienen als Vorwand für Kriege, mit militärischer Gewalt versucht man anderen Völkern seinen Willen aufzuzwingen, Stellvertreterkriege werden vom Zaun gebrochen.

Uns als Mitteleuropäer bewegt natürlich gegenwärtig der Krieg in der Ukraine besonders stark. Als LINKE verurteilen wir den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und sind bestrebt, den Opfern des Krieges zu helfen. Immer geht es um Macht, Profit oder Rohstoffe, das Schicksal der Menschen spielt kaum eine Rolle.

Wann endlich setzt sich die Erkenntnis durch, dass man mit militärischer Gewalt auf Dauer keines der Probleme der Welt lösen kann. Nur der friedliche Ausgleich der Interessen kann die Grundlage für die Lösung von Konflikten sein.

Dr. Hans-Joachim Koch

Nach Massenkündigung von Senior:innen: Josephinen-Wohnungen jetzt Ferienwohnungen

Ein Skandal sondergleichen geht in die nächste Runde. Erst warf ein Hamburger Konzern Anfang des Jahres über 100 Senior:innen – teils hochbetagt – aus ihren Wohnungen (PAS berichtete). Nun werden diese Wohnungen als Ferienwohnungen auf Airbnb angeboten. Unter dem Titel „Kleines Ferienglück an der Freundschaftsinsel“ kann man die Wohnungen, in denen Rentner:innen bis zu ihrer Kündigung noch einen glücklichen Lebensabend verbringen wollten, beispielsweise für 34 Euro pro Nacht mieten. Isabelle Vandre, Potsdamer Stadtverordnete, kommentiert das Vorgehen deutlich: „Während die Stadt weiterhin auf eine einvernehmliche Lösung mit den MK-Kliniken zur Zukunft der Josephinenwohnanlage hofft, stellen diese ihre eigentliche Intention des Rauswurfs von über 100 Senior:innen im vergangenen Winter unter Beweis: es ging und geht ihnen immer ausschließlich um den eigenen Profit.“

Die Forderung nach Konsequenzen wird nun laut. Nach Vandres Auffassung müsse die Landeshauptstadt Potsdam sofort jegliche Verhandlungen mit den MK Kliniken abbrechen und ein Verfahren wegen Zweckentfremdung von Wohnraum einleiten. Eine Satzung, die dies hergebe, gibt es in Potsdam. „Ich gehe davon aus, dass die Stadt keine entsprechende Genehmigung erteilt hat. Seit Monaten tanzen die MK Kliniken der Kommune und dem Land auf der Nase herum. Damit muss Schluss sein - gerne auch durch eine gerichtliche Klärung zum Agieren dieses Konzerns. Sollte sich zeigen, dass das Brandenburgische Wohnraumzweckentfremdungsgesetz auch in diesem Fall zu große Lücken aufweist, müssen wir umgehend nachbessern, um der Vermietung von dringend benötigtem Wohnraum über Airbnb Einhalt zu gebieten. Ich erwarte in jedem Fall eine umgehende Positionierung seitens der Stadtspitze und eine ausführliche Klärung des Sachverhaltes in der kommenden Sitzung des Potsdamer Sozialausschusses“, so Vandre. Sie kündigte an, den Fall auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung setzen zu wollen.

Isabelle Vandre
Mitglied des Landtags

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe August 2022

GEMEINSAM GEGEN DEN BLACKOUT



Wird es im kommenden Winter noch ausreichend Strom und Wärme geben? In Potsdam ist diese Frage besonders drängend. Ähnlich wie in vielen vor allem ostdeutschen Kommunen ist die Versorgung mit Wärme und Strom fast ausschließlich von Gas abhängig. Ein großer Teil der Potsdamer Wohnungen hängt am Fernwärmenetz, das von den zwei Gaskraftwerken Potsdam-Nord und -Süd versorgt wird. Dort findet auch die Stromerzeugung statt. Zwar kann das Heizkraftwerk Süd auch mit Öl betrieben werden. Die dafür im Winter täglich erforderlichen 450.000 Liter können aber technisch gar nicht schnell genug nachgetankt werden.

Gleichzeitig stellt die Preisentwicklung immer mehr Haushalte vor die Frage, wie sie Strom- oder Heizungsrechnung noch bezahlen sollen. Mit der gerade beschlossenen Gasumlage kommt nun ein weiterer Preistreiber hinzu. Inwieweit er auch Fernwärme- und Stromkunden trifft, ist derzeit noch unklar, aber allenfalls haben sie einen kleinen zeitlichen Aufschub.

In einer Sondersitzung des Hauptausschusses am 17. August stellten Verwaltung und Stadtwerke deshalb den Stand der Notfallplanungen erstmals öffentlich dar. Deutlich wurde: die Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene sind sehr begrenzt. Sparen, sparen, sparen ist die vergleichsweise wirksamste. „Jede Kilowattstunde, die wir jetzt einsparen, hilft uns, besser über den Winter zu kommen.“, so Eckard Veil, Geschäftsführer der EWP. Denn Einsparungen jetzt helfen, die Gasspeicher schneller zu füllen und damit Mangelsituationen im Winter zu vermeiden. Die Stadt hat dafür eine Reihe konkreter Maßnahmen vorbereitet und zum Teil schon umgesetzt. Die Abschaltung von Gebäude-Außenbeleuchtungen, die Reduzierung von Raumtemperaturen in öffentlichen Gebäuden bringt aber nur begrenzte Effekte. Besonders schmerzhaft ist die Entscheidung zur Schließung des Kiezbades am Stern. Stefan Wollenberg (LINKE) fragte deshalb nach, ob Schwimmunterricht und Vereinssport bei einer Verlagerung in das „blu“ in vollem Umfang abgesichert werden können. Das sicherte die Verwaltung zu.

Einmal mehr treffen die Folgen einer verfehlten Bundespolitik Potsdam hart. Während andere EU-Staaten die Gaspreise längst regulieren, sichert die Bundesregierung mit der Umlage die Gewinne der großen Konzerne. Wirksame Entlastung für die Bürger:innen – bisher Fehlanzeige. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, alle kommunalen Hilfsmöglichkeiten auszureizen. Aber die Überforderung dieser System ist absehbar. Die Bundesregierung muss ihre Verantwortung wahrnehmen – jetzt!

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Mit auf den Weg...



Die Ferien- und Urlaubszeit ist vorbei. Für viele PotsdamerInnen dürfte diese eigentlich schöne und vor allem erholsame Zeit durch Hiobsbotschaften getrübt worden sein. Steigende Preise für Lebensmittel, bisher nicht gekannte Auswirkungen des Klimawandels, vor allem aber die explodierenden Kosten für Gas und Strom bringen Sorgen und Ängste. Wie schon in der Pandemie bedroht diese Kostenexplosion vor allem Familien, Geringverdienende und viele RentnerInnen existenziell. Diese Entwicklungen waren absehbar. Darum fehlt mir jedes Verständnis für die Handlungsunwilligkeit der Bundesregierung. Für die am meisten von der Inflation Betroffenen brauchen wir wirksame Entlastung – sofort! Die Verantwortung für den Erhalt des sozialen Friedens in der Gesellschaft liegt zuerst auf der Bundesebene. Deren aktuelle Entscheidungen spalten die Gesellschaft aber mehr denn je! Selbstverständlich müssen auch wir Stadtverordneten, vor allem als LINKE, überlegen, wie wir Entlastungen schaffen können. Unser Handlungsspielraum allerdings ist begrenzt - rechtlich und finanziell. Wir nehmen zuerst die Unterstützung von Familien mit Kindern in den Fokus. Kinderarmut darf in Potsdam auf keinen Fall noch mehr Raum greifen. In Zeiten großer Unsicherheit müssen wir hier vor Ort für Verlässlichkeit und Kontinuität in unserem politischen Handeln sorgen. Dazu gehört auch die noch striktere Kontrolle der Umsetzung gefasster Beschlüsse zur Verbesserungen der Lebensqualität der PotsdamerInnen. Im Haushalt 2023/24 werden wir noch konsequenter als bisher auf die sozialen Schwerpunkte achten müssen. Wir wissen, welche Erwartungen an uns StadtpolitikerInnen bestehen. Daran richten wir unser Tun aus. Auch wenn wir viele Wunden nur notdürftig „verpflastern“ können. Angesichts der Vielzahl der Herausforderungen müssen wir das Vertrauen der PotsdamerInnen in ihre kommunale Vertretung, ihren Willen zur Mitwirkung und ihr Verständnis für getroffene Entscheidungen stärken. Parteiengezänk und Selbstdarstellung Einzelner helfen dabei sicher nicht. Diesen Anspruch stellen wir auch an uns selbst. Auch wenn es im Moment manchmal schwerfällt: uns bleiben das Vertrauen in die eigene Gestaltungskraft, in die unserer Mitmenschen und die Zuversicht, dass wir in einem solidarischen Miteinander auch diese Krise meistern.

Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende

Gedenken an Max Dortu



Gemeinsam mit vielen Potsdamer:innen gedachten wir am 31.6. einen Vertreter eines anderen Preußens. Einem, das gegen die Obrigkeit rebellierte, das für Freiheit, Demokratie und Bürgerrechte kämpfte. Wir gedachten der Taten und des Menschen Max Dortu. Er war ein Vorkämpfer für #Freiheit und #Demokratie. Potsdam kann stolz auf ihn sein, der neben vielen anderen Menschen ein demokratischen Potsdam verkörpert. Welche Lehren können wir in der heutigen Zeit aus der 1848er Revolution ziehen: Um gesellschaftliche Veränderung herbeizuführen, eine demokratische Gesellschaft zu bilden, zu bewahren und zu etablieren bedarf es Mut, Menschen die an diese Werte glauben und Standhaftigkeit diese herbeizuführen. Dies zeichnete Max Dortu und seine Mitstreierinnen aus, und das macht sie um Vorbild für all jene, die nach Freiheit und Demokratie streben und die diese verteidigen. Wir gedenken ihm und stehen für die Werte, für die sie starben.

Sascha Krämer
Fraktionsgeschäftsführer

Kino „Charlott“ soll bleiben

Das Kino „Charlott“ in Potsdam verfällt zusehends. Als Stadtverordnete kämpfen wir seit Jahren für den Erhalt des Baudenkmals, welches auch Zeitzeuge der vielschichtigen Arbeiterbewegung von Liebknecht, Breitscheid und Margarete Walkotte Potsdam ist. Das Kino Charlott ist ein dringend benötigter Veranstaltungsraum und gehört in kommunale Hand. Wir kämpfen für den Erhalt des Kinos „Charlott“ für eine gemeinwohlorientierte *Nutzung*.

Dr. Anja Günther und
Sascha Krämer

KEIN HITZESCHUTZKONZEPT IN POTSDAM



DAS PFLASTER AUF DEM ALTEN MARKT „BRENNT“ AN DIESEN TAGEN.

Hitzeschutz ist Gesundheitsschutz. Neben Klimaschutzmaßnahmen sind Präventionsmaßnahmen notwendig, um die Bevölkerung vor Hitzeauswirkungen zu schützen. Bundesweit fordern Mediziner:innen die Erstellung von Hitze-Aktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit.Hitzewellen führten in den letzten Jahren zu einem Anstieg an hitzebedingten Todesfällen und Krankheiten, wie Dehydrierung, Hitzschlag und Herz-Kreislauferkrankungen. Von Hitze besonders betroffen sind vor allem ältere Menschen und Menschen mit eingeschränkter Anpassungsfähigkeit, wie chronisch Kranke oder auch Schwangere und kleine Kinder. Zusätzlich belastend ist die Hitze für alle Bevölkerungsgruppen, wenn zeitgleich die Luftqualität schlecht ist. Fast 1.400 Menschen sind in den letzten drei Jahren in Berlin und Brandenburg in den Hitzephasen gestorben, allein in Brandenburg waren es letztes Jahr 143 hitzebedingte Todesfälle. Auf eine Kleine Anfrage von Anja Günther und Sascha Krämer teilte die Landeshauptstadt mit, dass die Aufstellung eines kommunalen Hitzeaktionsplans nicht geplant sei. Die Zuständigkeit liegt bei den Trägern der Einrichtungen, in denen die vulnerablen Gruppen betreut werden. Auch liegen keine Erkenntnisse vor, in welchen Einrichtungen bereits Handlungspläne vorliegen. Wir meinen, dass die LHP federführend aber gemeinsam mit ihnen einen Potsdamer Hitzeaktions-Plan erstellen muss. In den vom Kommunalen Immobilien Service verwalteten kommunalen Einrichtungen sind keine speziellen „Kühlstuben“ oder Räume zum Hitzeschutz für vulnerable Gruppen vorhanden. Auch die Stadtplanung kann zum Hitzeschutz beitragen. Vor allem in den bevölkerungsreichsten Potsdamer Stadtteilen und Stadtteilen mit einem hohen Anteil vulnerabler Personengruppen müssen städtebauliche Hitzeschutzmaßnahmen wie beispielsweise stadtweit verteilte Trinkbrunnen, begrünte Schattenplätze und Erhalt bzw. Schaffung von Frischluftschneisen vorangebracht werden. Zusammenfassend können wir feststellen, die LHP ist auf kommende Hitzewellen nicht vorbereitet. Wir bleiben dran!

Dr. Anja Günter und
Sascha Krämer

NEUER MIETSPIEGEL VORGESTELLT

Potsdams Mieten steigen langsamer als erwartet – oder gefühlt. Das ist die Kernaussage des qualifizierten Mietspiegels 2022, der am 08. August öffentlich vorgestellt wurde. Danach stiegen die Mieten im Durchschnitt nur um 2,7% in den letzten zwei Jahren – unterhalb der Inflationsrate. Den wohnungssuchenden Alt- oder potenziellen Neu-Potsdamer kann das allerdings nur bedingt beruhigen. Denn in den einschlägigen Immobilienportalen, bei Neuvermietungen, insbesondere bei Neubauten – die nicht an den Mietspiegel gekoppelt sind, sieht es deutlich anders aus. Wer eine der durchaus nicht wenigen bezahlbaren Wohnungen hat, bewegt sich nur, wenn er muss. Fluktuation aufgrund sich verändernder Lebensumstände wird weitgehend vermieden. Klar erkennbar sind aus der detaillierten Statistik die stabilisierenden und die preistreibenden Akteure im Potsdamer Mietenmarkt. Die städtische Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam und die großen Genossenschaften halten gemeinsam nach wie vor den Löwenanteil des Wohnungsbestandes. Dort – insbesondere in den Plattenbaugebieten – sind die Mieten stabil. Preistreibend wirkt dagegen der Neubau vor allem privater Investorengruppen, in dem Kaltmieten zum Teil bis 25,-/m² aufgerufen werden. Die stabile Lage in den städtischen und genossenschaftlichen Beständen zeigt: die jahrelangen Bemühungen der LINKEN auch um lokale Instrumente zur Begrenzung des Mietenanstiegs wirken. Trotz zahlreicher Rückschläge zeigen die gemeinsam mit der PRO Potsdam entwickelten Instrumente wie flexible Belegungsbindungen, Umzugs- und Kinderboni Wirkung. Um die Entwicklung auch künftig wirksam beeinflussen zu können, müssen wir konsequent die Akteure stärken, die gesellschaftlich verantwortlich – und nicht renditeorientiert – mit ihren Wohnungsbeständen agieren. Und wir werden Instrumente entwickeln müssen, die es den Genossenschaften und auch der PRO Potsdam ermöglichen, auch im Neubau preiswert(er) zu agieren. Der Schlüssel dafür ist unseres Erachtens die Vergabe von Bauflächen, die im Gegenzug für dauerhafte Mietpreisbindungen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden sollen.

Denn Potsdam muss für alle bezahlbar bleiben!

WENN AUS NULLEN EINSEN WERDEN – DURCHBRUCH BEI DER DIGITALISIERUNG DER POTSDAMER SCHULEN



FORTSCHRITT AN POTSDAMER SCHULEN

Seit Jahren ist die IT-Ausstattung der Potsdamer Schulen Dauerthema und Leidensgeschichte gleichermaßen. Die monatelangen Schulschließungen und der Online-Unterricht während der Pandemie steigerten den Druck noch einmal immens. Internetanbindung, Gerätebeschaffung, Wartung und Support – es knirschte an allen Ecken und Enden, weil die städtischen Ressourcen für eine adäquate Unterstützung der schnell wachsenden Schullandschaft mit sehr dynamischen Anforderungen einfach nicht ausreichte. Stefan Wollenberg (LINKE) machte das Thema als Ausschussvorsitzender des Bildungsausschusses deshalb zum Dauerthema. In nahezu jeder Sitzung, aber auch in verschiedenen anderen Runden mit Schulleitungen und Verwaltung wurde immer wieder versucht, schnelle Lösungen für konkrete Probleme zu finden. Immer im Interesse der Schulen. Der Digitalpakt und zusätzliche Maßnahmen der Landeshauptstadt wie die Beschaffung von ca. 4000 I-Pads ermöglichten erste echte Fortschritte. Mit dem neuen Schuljahr geht Potsdam aber nun einen entscheidenden Schritt Richtung Digitale Schule für alle. Gemeinsam mit dem Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg - DIKOM“ stellte die Landeshauptstadt am 11. August das Konzept zur dauerhaften digitalen Ausstattung aller Potsdamer Schulen vor. In den Sommerferien wurden die ersten 10 Schulen komplett digital vermessen. In einem zweiten Schritt werden nun die Anforderungen aus den Medienentwicklungsplänen aktualisiert, dann die technische Ausstattung beschafft und an den Schulen bereitgestellt. Auch Wartung und Support werden im Gesamtprozess mit gesichert. Es ist kein Pilotprojekt - die Beauftragung des Gesamtprozesses für die übrigen 38 Potsdamer Schulen erfolgt unmittelbar. Die Zeitplanung befindet sich noch in der Abstimmung zwischen Dienstleister und Verwaltung. DIE LINKE wird sich außerdem dafür einsetzen, mit dem kommenden Haushalt die Voraussetzungen dafür zu schaffen, schrittweise alle Schüler:innen mit einem eigenen digitalen Endgerät auszustatten. Eine komplett Digitale Schullandschaft in Potsdam rückt damit in greifbare Nähe - bundesweit Spitze! Es hat sich gelohnt, dass wir diese Aufgabe im Bildungsausschuss in den letzten Jahren zum Dauerthema gemacht haben.

Fotos: LHP/Brunzlow/privat



Mobilitätsdrehscheibe Bahnhof Marquardt



Die Stadt baut endlich den Bahnhof Marquardt bis Ende 2022 zur Mobilitätsdrehscheibe mit Ostanbindung an die weiteren Ortsteile, Busanbindung, Park&Ride und Bike&Ride um. Das ist erfreulich und nach dem erheblichen Druck der vergangenen Jahre durch Bürger*innen und Bürgerinitiativen wie die BI Fahrland, aber auch uns LINKEn vor Ort längst überfällig gewesen. Jahrelang gab es Anträge und Anfragen dazu, vor Ort gab es Demos, Besichtigungen mit der Politik, Sternfahrten etc., um das zu erreichen. Allerdings ist dies nur ein Anfang – ein gut ausgebauter Bahnhof braucht nämlich auch eine Anbindung für Radfahrende und Fußgänger; und die fehlt aus Satzkorn, Fahrland und damit auch Krampnitz, Kartzow, Neu Fahrland etc. leider immer noch völlig. Ohne die Anbindung für 1000e Bewohner*innen des Potsdamer Nordens ist der Bahnhof jedoch nur eingeschränkt nutzbar. DIE LINKE. hat daher auch dazu bereits mehrere Anfragen und Anträge gestellt und wird nicht ruhen, bis diese gegeben sind. Ein aktueller Antrag befindet sich derzeit in der Ausschussberatung. Die umweltfreundliche Anbindung wäre auch über den Bahnhof hinaus ein erheblicher Fortschritt für die Vernetzung der Ortsteile und den zunehmenden Tourismus vor Ort. Wenn die Stadt dann beim Land auch noch eine Einzelfallentscheidung für die Barrierefreiheit des Bahnhofs erwirken würde, wäre ein großer Baustein der Verkehrsentwicklung im Norden geschafft.

Tina Lange, stellv. Fraktionsvorsitzende DIE LINKE.

Kommunalpolitik – auf die harte Tour

Die Linke.Stadtfraktion initiiert Mentoring-Programm



Kommunalpolitik lebt vom Mitmachen, von den Menschen, die ihre – unsere Stadt zum Besseren verändern wollen. Stadverordnete:rin ist ein Ehrenamt. Allerdings eines, das erhebliche Herausforderungen bereit hält – insbesondere in einer Stadt wie Potsdam, in der so viele Debatten so intensiv geführt werden. Die Ausgangslage ist leicht beschrieben: 56 ehrenamtlichen Stadtverordneten steht eine Verwaltung mit 2.500 Mitarbeiter:innen gegenüber, die von uns kontrolliert werden sollen. Vielen Bürger:innen ist nicht bewusst, dass Stadtverordnete im Ehrenamt – neben ihrem Beruf – tätig sind. Entsprechend hoch sind häufig die Erwartungshaltungen. Wöchentliche Fraktionssitzungen, die monatlichen Stadtverordnetenversammlungen und Ausschüsse bilden an sich schon ein hohes Pensum. Der Hauptteil der Arbeit findet dennoch außerhalb der Sitzungsräume statt. Umso wichtiger ist es für DIE LINKE, die Arbeit auf möglichst breite Schultern zu verteilen. Neben den 10 aktuellen Mitgliedern der Fraktion gibt es noch sachkundige Einwohner:innen, Mitglieder in Ortsbeiräten, Aufsichtsräten usw.

Zur letzten Kommunalwahl 2019 kandidierten über 60 Potsdamer:innen für Stadtverordnetenversammlung und Ortsbeiräte. Und so viele werden auch 2024 wieder gebraucht, um sich für LINKE Politik in Potsdam stark zu machen. Um dafür gute Voraussetzungen zu schaffen und allen, die sich zum ersten Mal kommunalpolitisch versuchen wollen, einen guten Einblick in die Fraktionsarbeit zu ermöglichen, startet die Fraktion erneut ein Mentoring-Programm. Bei einer Auftaktveranstaltung am 24.8. stellten die Fraktionsvorsitzenden Sigrid Müller und Stefan Wollenberg das Programm im rotbloq vor. Mentees haben die Möglichkeit, die Fraktion und die Sitzungen der Ausschüsse und der SVV ein halbes Jahr lang zu begleiten. Sie werden intensiv und direkt in die Arbeit einbezogen, können und sollen auch eigene Ideen in die Fraktion einbringen. Während dieser Zeit werden sie von einem Fraktionsmitglied persönlich betreut und gecoacht. Die Zuordnung erfolgt nach den jeweiligen inhaltlichen Interessen.

Wer gern Mentee werden möchte, kann sich bewerben. Die Bewerbung sollte eine kurze Darstellung des eigenen Werdegangs und des bisherigen politischen und/oder sozialen Engagements enthalten. Außerdem eine Darstellung der Motivation, warum man gern Menteé werden möchte. Ganz wichtig: bitte benennt den Themenbereich, für den ihr Euch besonders interessiert, egal ob Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Bildung oder Jugendhilfe. Diese Interessen werden im Auswahlverfahren berücksichtigt. Insgesamt stehen max. 5 Plätze zur Verfügung.

Bewerbungen sendet bitte per Mail an stefan.wollenberg@dielinke-brandenburg.de . Einsendeschluss ist Sonntag, der 25.09.2022.

Im Anschluss erfolgt die Auswahl der Mentees durch die Kreis- und Fraktionsvorsitzenden gemeinsam. Das Programm startet dann mit der Stadtverordnetenversammlung am 09. November 2022.

Termin für telefonische Bürgersprechstunde September

Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende
Dienstag, 20. September 2022 15.00 bis 17.00 Uhr

Tel.: 0173 / 617 11 50

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender
Dienstag, 06. September 2022
15.00 bis 17.00 Uhr
Mittwoch, 14. September 2022
14.00 bis 16.00 Uhr

Tel.: 0172 / 514 38 25

Sascha Krämer
Fraktionsgeschäftsführer
Montag, 29. August 2022
10.00 bis 12.00 Uhr
Dienstag, 30. August 2022
13.00 bis 15.00 Uhr

Fraktionssitzung

22.08.
29.08.
05.06.
12.09.
19.09.
und 26.09.
jeweils 18 Uhr
Stadthaus, R. 3.107
Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Mail
dielinke.stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Nächste SVV
07. September 2022
15.00 Uhr
in der MBS Arena

Leckeres für die Kleinen

Ein tolles und kostenloses Mitmacht-Ferien-Projekt für die Potsdamer Kids: Die „Stadt der Kinder“ wurde in diesem Jahr endlich wieder erbaut und belebt. Es ist ein großartiges Projekt in Potsdam, bei dem die Kinder erst ihre Stadt bauen, um dann darin ihre eigene Stadtgesellschaft auf einem demokratischen und partizipativen Weg zu entwickeln. Wie jedes Jahr habe ich den Kleinen etwas Erfrischendes und Leckeres mitgebracht. Danke an alle, die dieses wunderbare Projekt realisieren und am Leben erhalten.

Sascha Krämer

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE.Fraktion; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 51
Fax: 331/289 31 19
Druck: Nordostdruck
V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg



MARLEN BLOCK UND ISABELLE VANDRE (BEIDE MDL) HATTEN AUCH VIEL SPASS AUF DEM KINDERFEST IN DREWITZ.

Informationen aus dem Kreisvorstand

Aktionstag Verkehrswende 27. August

Das 9-Euro-Ticket läuft zum 1. September aus. Als LINKE fordern wir die Fortführung bis zum Jahresende und langfristig die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs! Am 27. August verleihen wir dieser Forderung bundesweit an einem gemeinsamen Aktionstag Ausdruck. Dort wird unser Antrag auf ein 1-Euro-Tagesticket vorgestellt. Treffpunkt für unsere zentrale Aktion ist der Platz der Einheit um 10 Uhr.

Jubeldemo gegen G7-Bauminister:innentreffen und Rave

Am Samstag den 10. September rufen wir gemeinsam mit dem Bündnis „Potsdam - eine Stadt für alle“ zu einer Demonstration gegen die G7-Bauminister:innen-Konferenz in Potsdam auf. Die Demonstration hat einen explizit satirischen Charakter und startet um 14 Uhr am Hauptbahnhof und endet auch dort. Im Anschluss laden wir im Nuthepark, neben der ILB zum „rave against rent“, um bei elektronischer Musik die Demonstration ausklingen zu lassen.

Rück- und Vorschau Kinderfest

Das Kinderfest in Drewitz im letzten Monat war ein voller Erfolg: Wir konnten den rund 300 kleinen und großen Besucher:innen einen schönen Tag bereiten. Sebastian Walter, Marlen Block und Isabelle Vandre (FOTO) haben mit ihren Gesprächspartner:innen die Lage der Kinder und Jugendlichen in den Blick genommen und auch organisatorisch lief alles glatt. Vielen Dank nochmal an alle Helfenden! Weil es so schön war, geht es direkt in die nächste Runde: am 17.09.22 veranstaltet der OV Babelsberg/Zentrum Ost gemeinsam mit dem Kreisvorstand ab 14 Uhr ein Kinderfest auf dem Weberplatz.

Gesamtmitgliederversammlung beschließt wohnungspolitische Offensive

Mit großer Mehrheit hat die Potsdamer LINKE auf ihrer Gesamtmitgliederversammlung einen 6- Punkte-Plan für eine solidarische Stadtentwicklung verabschiedet. Demzufolge braucht es u.a. einen Verkaufsstopp bei öffentlichen Flächen und klare soziale Kriterien bei der Vergabe von Bauprojekten. Zudem soll die Pro Potsdam wieder zu ihrem Hauptauftrag zurückkehren und günstigen Wohnraum für möglichst viele Potsdamer:innen bereit stellen, wozu wir sie auch mit Mietendeckel in die Lage versetzen möchten.

Außerdem wurden zwei neue Mitglieder in den Kreisvorstand gewählt. Tobias Woelki und Torben Reichert werden die Arbeit des 13-köpfigen Teams ab sofort verstärken. Alle Informationen zur Gesamtmitgliederversammlung sowie den vollständigen Beschluss finden Sie unter: https://www.dielinke-potsdam.de/partei/mitgliederversammlung

Steffen Lehnert,
Kreisgeschäftsführer
DIE LINKE. Potsdam



LINKE: Keine Vorratsdatenspeicherung auf Brandenburgs Autobahnen!

Die Kennzeichenerfassung und -speicherung auf Autobahnen (KESY) in Brandenburg wurde bereits vor einem Jahr beendet. DIE LINKE. Brandenburg und die Linksfraktion im Landtag forderten bereits zuvor die Aufhebung dieser illegalen Praxis. „Trotz des klaren Urteils und der Kritik von Datenschützer*innen will der Innenminister Auto-Vorratsdatenspeicherung wieder zur Diskussion stellen - zur Gefahrenabwehr bei schweren und schwersten Straftaten. Die Begründung ändert sich dabei mit dem Zeitgeist. Klar bleibt aber: dieser Grundrechtseingriff ist nicht verhältnismäßig! Es gibt keine Vorratsdatenspeicherung, weder im Bund noch im Land Brandenburg.“, erklärt Claudia Sprengel, Mitglied im Landesvorstand der LINKEN und der LAG Netzpolitik. „Die Entscheidung des Gerichtes stellt klar, dass es sich um eine illegale Praxis handelt, die vom Innenministerium sofort eingestellt werden muss. Unrechtmäßig erhobene Daten sind zu löschen!“

„Es handelt sich um einen unverhältnismäßigen Grundrechtseingriff, zumal die Daten zeitlich unbegrenzt gespeichert werden. So können auf Jahre Bewegungsprofile von Bürger*innen erstellt werden.“, ergänzt Marlen Block, rechtspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag Brandenburg. „Für die Erhebung gab es nie eine Rechtsgrundlage, somit fehlt es an jeder demokratischen Legitimation. Das ist ein Skandal, für den auch der jetzige Innenminister Michael Stübgen Verantwortung trägt.“

WAS TUN?

Mitten in Potsdam wehte eine russische Fahne und keiner fühlte sich zuständig – Satire oder Politikum?



Auf dem Potsdamer Brauhausberg wehte im August 2022 über dem „Kreml" genannten Gebäude eine russische Fahne. Bis 2013 tagte hier der Brandenburger Landtag. Wie kam die Fahne dahin? Und: wer sollte was tun?! Eine Spurensuche besonderer Art.

Leicht erhöht, und aus der Potsdamer Innenstadt fast von überall zu sehen, thront der sogenannte „Kreml" auf dem Brauhausberg. Ab Dienstag, 09. August 2022 wehte plötzlich auf dem Dach des denkmalgeschützten Gebäudes eine russische Flagge im Wind – für drei Tage... Im Schatten des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine stellte sich sofort die Frage: Wer hat die Fahne dort gehisst? Und wer ist verantwortlich für die Beseitigung des derzeit wahrlich nicht passenden „Akts"?

Stadt Potsdam: „nicht zuständig für Gebäude"

Die Stadt Potsdam wusste am Nachmittag des 10.08. von der Beflaggung nichts. Es gebe sowieso keine Möglichkeit dagegen vorzugehen, hieß es auf Nachfrage. Das Zeigen der russischen Flagge sei ja nicht verboten. Das Gebäude sei im privaten Besitz. Wenn, dann müsste der Eigentümer eingreifen.

Eigentümer: „kein Angestellter hat die Fahne gehisst"

Eigentümer des Gebäudes, in dem bis 2013 der Brandenburger Landtag saß, ist die Sanus AG. Die Flagge habe natürlich kein Angestellter der Berliner Firma aufgehängt. Der Investor will das Gebäude sanieren. Es soll ein Wohn- und Gewerbequartier entstehen. Da die Baugenehmigung noch nicht vorliege, sei aktuell selten ein Mitarbeiter in Potsdam, so das Unternehmen. Vor Ort müsse die Polizei aber regelmäßig gegen „Hausbesetzer" vorgehen, erklärte der Sanus-Mitarbeiter.

Polizei: Kein Wort zur „Beflaggung"

Die zuständige Polizeidirektion bestätigte diese Aussage. Demnach mussten im März dreimal Platzverweise gegen Personen ausgesprochen werden, die sich widerrechtlich im Haus aufhielten. Der Eigentümer habe jeweils die Polizei informiert, hieß es. Auch am 10.08.2022 war die Polizei im früheren Landtagsgebäude im Einsatz. „Dort konnten weder Personen angetroffen noch strafbare Handlungen festgestellt werden", teilte der Polizeioberkommissar mit. Polizisten haben sich demnach im Anschluss des Einsatzes mit dem Hausverwalter in Verbindung gesetzt. Zur Beflaggung äußerte sich die Polizei nicht. Nach oben hat offenbar niemand geschaut...

Die russische Flagge wehte jedenfalls drei ganze Tage friedlich weiter im Wind. Am Morgen des vierten Tages war sie dann plötzlich verschwunden... Es darf gelacht werden...

Bernd Martin/Quelle: rbb

Fachleute einig: Staudenhofabriss ökologisch falsch



Ende 2020 berichteten die Vereinten Nationen, dass mittlerweile 38% der jährlichen globalen CO2-Emissionen auf das Konto des Bau- und Gebäudesektors gehen. Wollen wir das 1,5 Grad-Ziel erreichen, müssen wir also auch die Art des Bauens drastisch ändern. Doch die Debatten über die Verzahnung von Klimaschutz und Bau- bzw. Wohnungspolitik kommen nur mühsam in Gange - ganz zu schweigen von einem echten Systemwechsel.

Was notwendig ist, um diesen voran zu bringen und welche konkreten Schritte wir jetzt in Potsdam und Brandenburg gehen müssen, diskutierten Anfang Juli auf einem Podium auf Einladung der LINKEN Potsdam Daniel Fuhrhop, Wirtschaftswissenschaftler, Andreas Rieger Präsident der Brandenburgischen Architektenkammer Frauke Röth von Architects for Future mit ca. 40 interessierten Menschen. Moderiert von Dr. Anja Günther, Potsdamer Stadtverordnete, die kurzfristig für die erkrankte Landtagsabgeordnete Isabelle Vandre übernommen hatte, kamen die Diskutierenden schnell überein, dass auch in Potsdam enormer Handlungsbedarf besteht. Als Veranstaltungsort wurde dazu ganz bewusst der Staudenhof ausgewählt. Denn auch hier soll sogenannte graue Energie vernichtet werden, indem der Staudenhof abgerissen und durch ein neues Gebäude ersetzt werden soll. Neubauvorhaben von Wohngebäuden als auch bei Abriss funktionsfähiger Wohngebäude müssten immer ganzheitlich betrachtet werden: Was ist ökologisch und ökonomisch das Beste?

Gerade am Beispiel des Wohngebäudes Staudenhof wurde von allen Fachleuten der Abriss und ein historisierender Neubau als klimatechnisch falsch eingeschätzt. Stattdessen wurde vorgeschlagen, Sanierungsvarianten ernsthaft zu prüfen. Beispielsweise könnte statt des Abrisses eine ökologisch-orientierte Sanierung umgesetzt werden, mit einer Aufstockung oder einem Anbau aus Holz. Damit würden die Sanierungsvariante und der Neubau ähnlich aussehen und es würde mit der Sanierung nochmal zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden.

Der Präsident der Architektenkammer verwies auf die Notwendigkeit, Baukultur als Ganzes neu zu denken und ökologische Sanierungen stärker zu fördern. Nicht zuletzt ist es auch die Förderkulisse, die vielerorts Abriss und Neubau ökonomisch erschwinglicher macht als die Sanierung. Auch er sieht die Prüfung einer städtebaulich angepassten Sanierungsvariante für den Staudenhof sowohl ökologisch als auch ökonomisch als wichtig an.

Dr. Anja Günther,
Stadtverordnete DIE LINKE

Unsere Mitglieder sind gefragt



Von 13. bis 26. September 2022 sind alle Mitglieder der Partei DIE LINKE aufgerufen, über die Aufnahme eines »Bedingungslosen Grundeinkommens« (BGE) in die Programmatik der Partei DIE LINKE zu entscheiden. In unserem Grundsatzprogramm, dem »Erfurter Programm«, haben wir uns klar gegen Sozialabbau und für einen Sozialstaat, der vor Armut schützt und Aufstiegsperspektiven schafft, positioniert. Unser Modell eines Sozialstaats ist zugleich für alle da, unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder Staatsangehörigkeit. Er soll immer vor Armut schützen und umfassende Teilhabe sichern. Diese Teilhabe ist Teil einer demokratischen Gesellschaft. Untenstehend veröffentlichen wir zwei Meinungen zu diesem Thema – Pro und Contra.

PRO: Eine faire und gerechte Lösung

In einer Welt, in der sich jeder Sektor mit Ausnahme des Dienstleistungssektors das Ziel gesetzt hat, ohne Menschen zu produzieren und bereits reihenweise Berufe (besonders in der Verwaltung) nur noch obligatorisch existieren, kommt man nicht drum herum, sich die Frage zu stellen, wie eine solche Welt gerecht organisiert sein soll. Eine Welt, in der schon jetzt große Teile der Arbeiterschaft nur arbeiten, um einen Beruf zu haben und das nicht selten bis zum Burn-out. Denn wenn bisher die Wirtschaftsleistung weiter wuchs, dann tat sie das, indem trotz aller Errungenschaften der Technik und Methodik die Vollbeschäftigung beibehalten wurde, anstelle mit weniger Menschen dieselbe Menge zu produzieren. Dieses ewige Wachstum ist unverantwortbar. Das BGE ist genau in dieser Zwickmühle eine faire und gerechte Lösung. Es geht um eine Umverteilung, welche die Wirtschaftsleistung, die durch weniger Arbeitskraft nicht schwinden, sondern nur weniger wachsen wird, auf alle zu verteilen. Das bedingungslose Grundeinkommen stärkt darüber hinweg:

- die Position der Arbeitnehmer, in dem es Existenzangst und Berufsverlust entkoppelt,
- Menschen, welche im Bereich der Kultur arbeiten und bisher eine prekäre Existenz führen,
- das sorglose Einschlagen von Bildungswegen und die Freiheit der Forschung,
- Freiwilligen den Rücken, die unsere Demokratie beleben und am Leben halten.

Kurzgesagt das BGE sichert Existenzen und stärkt die Gesamtgesellschaft auf vielen Ebenen durch eine Entkoppelung der Existenzsicherung vom Arbeitsmarkt.

Felix Kratzsch

CONTRA: Das BGE ist kein Allheilmittel

Das linke BGE verspricht ein existenzsicherndes Einkommen ohne ausbeuterische Erwerbsarbeit. Damit sind 3 wesentliche Probleme verbunden. Erstens sollen das BGE auch die ca. 70 Millionen Menschen bekommen, die es bisher gar nicht bräuchten. Dafür müssten insgesamt 1.000 Milliarden Euro aufgewendet werden – mehr als Bund, Länder und Kommunen insgesamt zusammen ausgeben. Im Gegenzug würde die bisher auf Beteiligung der Kapitalseite aufbauenden Sozialversicherungssysteme geschliffen werden.

Zweitens werden die Grundfesten der kapitalistischen Klassengesellschaft durch das BGE gar nicht angetastet. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit resultiert ja nicht aus der bloßen Existenz der Erwerbsarbeit, sondern aus der ungleichen Verteilung von Produktionsmitteln. Ich könnte es auch schlichter ausdrücken: Was, wenn nicht der Arbeitslohn, motiviert Menschen aus der (an Produktionsmitteln besitzlosen) Arbeiter*innenklasse, gesellschaftlich notwendigen Arbeiten auch dann nachzugehen, wenn sie schwer, unangenehm oder sonst wie belastend sind.

Und schließlich, drittens, muss jedes Konzept eines BGE automatisch den Nationalstaat in seinen Grenzen stärken. Ein BGE ohne eine harte Abschottung nach außen wäre völlig unrealistisch – und damit das Gegenteil von dem, was wir LINKEN seit Jahren unter der Überschrift der „offenen Grenzen“ diskutieren.Die Armutsfestigkeit des Sozialstaates, eine Demokratisierung und Humanisierung der Arbeit, die Abschaffung des unsäglichen Sanktionsregimes Hartz IV – das sind alles zentrale Ziele der LINKEN. Aber es braucht kein BGE, um diese Ziele zu erreichen.

Norbert Müller

Ein Schutzschirm für Brandenburg!

Reicht mein Geld am Ende des Monats noch für eine warme Mahlzeit? Muss im Herbst unsere Heizung ausbleiben, weil Gas zu teuer wird? Was erwartet mich bei der nächsten Nebenkostenabrechnung und wie soll ich die bezahlen? Diese Fragen stellen sich viel zu viele Menschen angesichts der steigenden Lebensmittel- und Energiepreise. Der Angriffskrieg Putins auf die Ukraine hat eine Energiekrise zur Folge, die die soziale Spaltung in Deutschland weiter vorantreibt. Sie trifft auf die sozialen Folgen der Corona Pandemie und verschärft diese zusätzlich. Einer aktuellen INSA-Umfrage zufolge verzichtet jeder sechste Deutsche gar auf eine Mahlzeit, bei den Ärmsten mit unter 1.000 Euro Nettoeinkommen sogar jeder Dritte. Oberste politisch Priorität der kommenden Monate muss die Entlastung der Menschen sein. Als LINKE fordern wir im Bundestag die sofortige Erhöhung von Sozialleistungen, kämpfen für eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung und eine sofortige Deckelung der Energiekosten, wie sie bereits in neun anderen europäischen Ländern beschlossen wurde. Für Brandenburg fordern wir im Landtag einen Schutzschirm für die Menschen, die Kommunen und die Wirtschaft. Denn das Land hat zur Bekämpfung der Corona Pandemie die Schuldenbremse ausgesetzt und ein Sondervermögen geschaffen, in dem noch 500 Millionen Euro zur Verfügung stünden. Zur unmittelbaren Entlastung der Haushalte mit geringen Einkommen, schlagen wir einen Energie – Härtefallfonds nach dem Vorbild Berlins in der Höhe von 150 Millionen Euro vor. Außerdem fordern wir ein Unterstützungsprogramm mit 150 Millionen Euro für kommunale Wohnungsunternehmen und Energieversorger, um eine Preisstabilität zu gewährleisten. Sozialträger wie die Tafel oder die AWO sollen ebenfalls durch ein finanzielles Sofortprogramm in der Höhe von 50 Millionen Euro gestärkt werden, um ihre Angebote aufrechterhalten und ausbauen zu können. Gleichzeitig müssen wir jetzt in erneuerbare Energien investieren, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu überwinden. Hierfür schlagen wir einen Investitionsfonds mit 50 Millionen Euro vor. Geld ist da – es muss jetzt aber auch genutzt werden, um zu verhindern, dass noch mehr Menschen in die Armut rutschen.

Isabelle Vandre
Mitglied des Landtag
DIE LINKE

Festival der Frauen - Erzähl mir (keine) Märchen!

Das Autonome Frauenzentrum Potsdam lädt am 02. September 2022 zum Festival der Frauen* in das T-Werk im internationalen Kunst- & Kulturquartier Schiffbauergasse Potsdam. Die Prinzessin auf der Erbse, Rapunzel, Schneewittchen: Wie oft haben wir als Kinder oder Erwachsene Märchen gehört, in denen Frauen* so dargestellt wurden: Passiv, hilflos, naiv, auf Rettung wartend. Oder aber als böse, niederträchtige Stiefmutter. Es ist an der Zeit, aus diesen alten Rollenbildern auszubrechen! Das Festival der Frauen* entführt mit tollen Frauen* in neue Welten und steht in diesem Jahr unter dem Motto „Wir wollen uns keine Geschichten mehr erzählen lassen, wir wollen sie selbst neu schreiben!“ Mit dem Festival der Frauen* lädt das Autonome Frauenzentrum Potsdam Menschen des Landes Brandenburg ein, gemeinsam einen neuen Blick auf das Frau*-Sein früher, heute und in Zukunft zu werfen. Die Veranstaltung will gesellschaftlich zugeschriebene Rollen, Erwartungen und Zuschreibungen hinterfragen und neue, mutmachende Perspektiven aufzeigen.



Festival der Frauen* „Erzähl mir (keine) Märchen!“
02. September 2022
Einlass 17.30 Uhr, Beginn 18.00 Uhr - T-Werk, Schiffbauergasse 4E, 14467 Potsdam
Tickets unter: www.t-werk.de
VVK: 12,- € Erwachsene; 8,- € Ermäßigte | Abendkasse: +2 €

weitere Hinweise unter: www.frauenzentrum-potsdam.de

+++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +++

Förderpreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg 2022

Mit ihrem jährlich ausgeschriebenen Förderpreis unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V. junge Autor*innen, deren Werk sich im Geiste Rosa Luxemburgs kritisch mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen beschäftigt und sich für die politische Bildungsarbeit der Stiftung besonders eignet. Der Förderpreis beinhaltet ein Preisgeld in Höhe von 500 Euro sowie die Übernahme der Druckkosten für eine Publikation mit bis zu 250 Seiten, um so die Arbeit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen zu können. 20 Freiexemplare gehören ebenfalls dazu. Wer nicht älter als 35 Jahre ist und ein wissenschaftliches oder publizistisches Werk geschaffen hat, das als fertiges Manuskript vorliegt und noch nicht veröffentlicht ist, ist herzlich eingeladen, sich um den Förderpreis zu bewerben.

Die Bewerbungsfrist endet am 31. August 2022.

Details zum Förderpreis und die genauen Bewerbungsanforderungen sind auf der Internetseite der RLS Brandenburg zu finden: https://brandenburg.rosalux.de/foerderpreis/
Nachfragen können gern direkt an die Geschäftsstelle der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg gerichtet werden:

- per E-Mail an info@bbg-rls.de oder
- telefonisch unter 0331 / 8170432

Dr. Julia Bär, Geschäftsführerin der RLS Brandenburg e.V.

Neuer Skatepark in Drewitz

Die SpadeBowl in Drewitz ist Ende Juni 2022 eingeweiht worden (FOTO). Durch die Arbeit des Rollrausch e.V. , sachkundiger Expertise durch Florian Rühle vom Designerbüro Hambach + Rühle und finanzieller Unterstützung der Stadt konnte hier ein neuer Skatepark entstehen. Wer wissen will, was man da so alles machen kann, schaut sich einfach mal das Video an.





DAS (UN-)FOTO des Monats

Tüte über’n Kopf

Die Grüne Familie bleibt weiter Opfer von Schabernackattacken. Im Juni 2022 hat es den kleinen Jungen erwischt. Unholde hatten ihm eine Tüte über den Kopf gestülpt.

++Termine ++ Termine++

27.08. 10 Uhr , Platz der Einheit/West

Aktionstag Verkehrswende

27.08. ab 13:00 Uhr , Bürgerhaus Schlaatz,

Stadtteilfest Schlaatz

31.08. 18:30 Uhr rotbloq (Zeppelinstr. 7)

linker Frauenstammtisch

03.09. ab 13 Uhr

LINKES Sommerfest,

10.09. 14 Uhr, Hauptbahnhof;

Jubeldemo gegen G7-Bauministerkonferenz

Im Anschluss ab 16 Uhr: rave against rent, Nuthepark an der ILB

14.09. 16-19 Uhr, Keplerplatz;

Infostand und kostenlose Rechtsberatung

17.09. Babelsberg,

Kinderfest auf dem Weberplatz, 14.18 Uhr